

## Aussprache

---

### „Freizeit als Zweitberufszeit“

Dem sehr lesenswerten Beitrag von *Horst W. Opaschowski* (Heft 8/72, S. 505 ff.) zur Problematik der Freizeitgestaltung unterliegt — wie mir scheint — leider ein Mangel, der in grundsätzlicher Weise mit eben dieser Problematik verbunden ist. Dr. Opaschowski beklagt die Leistungsbezogenheit und komplementäre Funktion der Freizeitgestaltung, die Betonung des „Was“ an Stelle des „Wie“ des Freizeitverbringens in der modernen Leistungsgesellschaft. Leider aber (oder eben notwendigerweise) enthält auch sein Beitrag wenig konkrete Anhaltspunkte für ein „Wie“ der Freizeitgestaltung, das zu einer „Ausfüllung der Individualität und des Lebenspotentials“ führen könnte.

Das Kernproblem liegt, wie auch Dr. Opaschowski richtig erwähnt, in der Natur des industriellen Arbeitsprozesses. Der Charakter der modernen Industriearbeit wird wesentlich durch zwei Merkmale bestimmt: eine ständig zunehmende Ar-

beitsteilung und durch Leistung. Beide Faktoren bestimmen wesentlich die Effektivität der Arbeit und damit ihre potentielle Nutzbarkeit für Arbeitszeitverkürzungen und sozialen Fortschritt. Der Preis für diesen Charakter der Arbeit sind ständig steigende Anforderungen — besonders seelisch-psychologischer Art — an den im Arbeitsprozeß Befindlichen. Der hohe Spezialisierungsgrad im modernen Arbeitsprozeß führt beim Fließbandarbeiter wie beim Professor (oder „Fachidioten“) notwendig zu einer Art geistiger und seelischer Verarmung, zur Begrenzung von Impuls und Spontaneität. Die Persönlichkeit des einzelnen ist heute so stark vom physischen, psychischen und sozialen Charakter seiner Arbeit bestimmt, daß dieser wie eine enge Mauer um ihn herum wirkt. Sie zu durchbrechen, sollte die vorrangige Aufgabe „sinnvoller“ Freizeitgestaltung sein. Wir sollten jedoch nicht verkennen, daß gerade dieser Durchbruch wiederum höchste Leistungsanforderungen an den einzelnen stellt.

Die Leistungsbezogenheit der Freizeitgestaltung ist m. E. nicht in erster Linie durch gesellschaftspolitische Umweltein-

flüsse, sondern vorrangig durch die arbeitsbedingte „verarmte Persönlichkeit“ verursacht. (Notwendigerweise sind natürlich beide Faktoren voneinander abhängig und letztlich analytisch nicht zu trennen). Der soziale Charakter der Arbeitsleistung als positives Statusmerkmal ist beim einzelnen so stark verinnerlicht, daß Leistung auch zum persönlichen Wertungsmaßstab wird. Es ist oft zu beobachten, daß gerade bei jenen Personen, deren beruflicher und sozialer Statusdrang nicht zufriedenstellend erfüllt ist, sich ein besonderes Leistungsethos entwickelt (solange dieser Drang nicht in Resignation umschlägt). Leistung in der Freizeit ist daher vorrangig Kompensation individuellen Statusmangels. Oft resultiert dabei die effektivitätsbedingte Eingeleisigkeit der Leistung. Sich in etwas Ungewohntem zu versuchen, würde bedeuten, ein höheres Leistungsrisiko einzugehen, das möglicherweise zu einem weiteren Verlust an Selbstbestätigung führen könnte. Man sollte nicht verkennen, daß diese Reproduktion des Arbeitsprozesses in der Freizeit — so bedenklich dieser Vorgang auch in anderer Hinsicht sein mag — zunächst eine seelisch-psychologische Ausgleichsfunktion hat und oft zur inneren Selbstbestätigung führen kann.

Darüber hinaus ist zu bedenken, daß ein Umschalten von leistungsbezogener Arbeit auf eine nichtleistungsbezogene Freizeitgestaltung seelisch-psychologische Anforderungen stellt, der die auf Leistung hin erzogenen Persönlichkeit naturgemäß schwer gewachsen ist. Soll eine schizoide Entwicklung der Persönlichkeit vermieden werden, so kann auch ein solches Umschalten nach Schichtschluß nur in einem sehr langwierigen Sozialisationsprozeß erlernt werden. Keinesfalls ist die tief im Charakter des modernen industriellen Arbeitsprozesses verwurzelte „Angst vor der Freizeit“ durch irgendeine kurzfristige Ideallösung oder Schocktherapie zu beheben. Autonome Freizeitverhaltensformen können sich nur sehr allmählich und organisch entwickeln. Die Institutionalisierung und sinnvolle Ausstattung von Bil-

dungsurlaub scheint hier ein erster, aber vielversprechender Ansatzpunkt für eine qualitative Veränderung der Freizeitgestaltung zu sein. Ob die potentiell hierin liegende Erweiterung des Freizeitbewußtseins und die daraus resultierende differenzierte Nutzung der Freizeit auch weiterhin leistungsbezogen bleibt, scheint von zweitrangiger Bedeutung zu sein.

*Peter J. Sackmann, Berkeley,  
Kalifornien (USA)*

### „Sind die Frauen in der DDR gleichberechtigt?“

Es spricht für den DGB, ein Heft (Nr. 11/72) ausschließlich frauenspezifischen Problemen zur Verfügung zu stellen. Es ist schlüssig, in einem solchen Heft auch einen Beitrag über die Frauen in der DDR zu finden. Um so größer muß die Enttäuschung sein, in diesem Beitrag nicht objektiv Fakten vermittelt zu bekommen, sondern mit modischer Polemik abgespeist zu werden. *Ursula Frohns Frage* „Sind die Frauen in der DDR gleichberechtigt?“ scheint von vornherein rhetorisch gemeint.

Wie sonst kann man sich erklären, daß sich ihr ganzer Artikel hauptsächlich auf zwei Quellen bezieht, die nicht einmal dem aktuellen Stand entsprechen: zum einen eine 1970 in Köln eingereichte Doktorarbeit (mit statistischem Material bis 1969), zum anderen eine ältere Ausgabe eines DDR-Grenzbüchleins für westliche Besucher.

Die Autorin behauptet, daß die DDR-Frauen der Absicht der SED, die Arbeitsproduktivität zu steigern, ein Schnippchen schlagen, indem sie in die Küche flüchten. Genau das Gegenteil ist der Fall, was ein kurzer Blick ins Statistische Jahrbuch der DDR bestätigt. Zwar stimmt es, daß 1969 noch ein Viertel der Ehefrauen Nur-Hausfrauen waren, 1971 jedoch lediglich 19 vom Hundert. So nimmt zwar — wie die Autorin ausführt — die Teilzeitarbeit in der DDR zu, aber auch die Vollbeschäftigung und beides „auf Kosten“ der Nur-Hausfrauen. Ihre These der Erwerbsflucht begründet die Verfasserin damit, daß Erwerbs-

tätigkeit und Kleinkinderbetreuung nicht miteinander vereinbar seien. „Müßig, noch darüber zu streiten“ (S. 723). So hat sie den Streit der Wissenschaft über dieses ernste Problem für sich entschieden. Kein Wort darüber, daß Frauen in der DDR bis zu einem Jahr nach der Geburt ihres Kindes ihrem Arbeitsplatz fernbleiben können, ohne dadurch die Betriebszugehörigkeit zu verlieren. Darüber hinaus wieder alte Zahlen: So gibt es 1972 nicht 66 Plätze für 100 Kinder in Kindergärten, sondern 73; nicht 24 Plätze für 100 Kinder in Kinderhorten, sondern über 50. Ferner sind fast ein Drittel aller Kleinkinder in Kinderkrippen versorgt. Ursula Frohn behauptet aber, Vergesellschaftung der Erziehung habe nicht stattgefunden (S. 723). Die Reihe der Ungenauigkeiten ließe sich fortsetzen. Aber es gibt auch Verwirrung mit der Theorie.

Die Autorin glaubt zu wissen, wodurch die tatsächlichen Lebensverhältnisse (und damit das falsche Bewußtsein) in der DDR bestimmt sind: nämlich durch Festhalten an Arbeitsteilung einerseits und Ehe (und Kleinfamilie andererseits). — Arbeitsteilung ist für sie schlechthin Ursache aller Entfremdung. Für Marx allerdings — auf den sie sich beruft — ist Entfremdung gekennzeichnet durch die Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln und ihren Produkten, die beide dem Kapitalisten gehören. (Davon kann in der DDR allerdings nicht die Rede sein.) Weiter meint Entfremdung den Zustand, der die Menschen veranlaßt, sich gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die ihnen schließlich selbst als fremde Macht gegenüberstehen. Hier wäre es spannend zu fragen, ob die Warenproduktion in der DDR einen solchen Zustand schafft. Arbeitsteilung dagegen sieht Marx zu Recht als einen ungeheuren Fortschritt, nämlich eine Gestaltung der Produktion, in der nicht einer allein alles zu seiner Bedürfnisbefriedigung erzeugt, sondern (vermittelt über den Tausch) auch das genießen kann, was andere an nützlicher Arbeit leisten. Zwar ist in der DDR das Problem der Aufhebung der Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit längst nicht gelöst. Wer aber ständig von

Marx vorgegebene Kategorien mit eigenen Wünschen und Vorstellungen vermischt, kann zu diesem Problem keinen ernsthaften Beitrag leisten. Schon gar nicht, wenn Aufhebung der Arbeitsteilung zum ausschließlichen Kriterium genommen wird.

Daß Frauen in der DDR fast immer körperliche und private Arbeit, Männer die geistige und öffentliche Arbeit machen und machen werden, scheint für die Autorin gegeben. Dabei dürfte sich inzwischen herumgesprochen haben, daß in jedem Betrieb explizite Frauenförderungsprogramme existieren. Aufgabe der Gewerkschaften ist es daher, dafür zu sorgen, daß die Programme nicht ein Stück Papier bleiben. Da die Autorin dies ignoriert, meint sie, selbst wenn die Frau aus der Privatsphäre des Haushalts heraustritt, sei damit noch gar nichts gewonnen. Denn die geschlechtsspezifische Erziehung von Jungen und Mädchen in der DDR ist angelegt „einmal in der erfahrbaren Sozialisation eines jeden einzelnen, zum anderen aber auch darin, daß es keine Alternativen gibt, sexuelle Wünsche zu befriedigen und Kinder auch außerhalb der traditionellen Ehe zu bekommen und aufzuziehen“ (S. 724). Wahrscheinlich hat es zu viel Mühe gekostet zu prüfen, daß es kaum in einem vergleichbaren Land so wenig Diskriminierung lediger Mütter und unehelicher Kinder gibt wie in der DDR.

Nicht die Probleme einer Übergangsgesellschaft, die 1945 vor denselben (wenn nicht schlechteren) Ausgangsbedingungen wie die BRD gestanden hat, werden hier begriffen und gezeichnet, sondern Maßstab ist ein Wunschbild gemischt aus sexueller Befreiung, „richtigem“ Bewußtsein und utopischen Produktionsverhältnissen.

*Jutta Menschik,  
Evelyn Leopold, Berlin (W)*

Zur DDR-Apologik von Menschik/Leopold nur kurz drei Bemerkungen.

1. Die Behauptung, die Arbeitsteilung werde von Marx undialektisch und undifferenziert als „ungeheurer Fortschritt“ gefeiert, ist so nicht aufrechtzuerhalten.

2. Die Vorwürfe, es gebe nicht 66 Plätze für 100 Kinder in Kindergärten, sondern 73, nicht 24 Plätze für 100 Kinder in Kinderhorten, sondern über 50 usw., geht am Kern meiner Argumentation vorbei. Ich habe versucht, den Gesamtzusammenhang, in dem die Menschen leben, zu sehen — einzelne Teile herauszulösen, hilft nicht weiter.

3. Bezeichnenderweise gehen Menschik/Leopold auf das wesentliche Argument nicht ein, daß nämlich Strukturen wie Kleinfamilie, monogame Ehe, Unterdrückung der frühkindlichen Sexualität, Hausfrauenrolle u. a. in der DDR ihre Fortsetzung finden — und zwar mit allen Konsequenzen für die Unterdrückung der Frauen im besonderen, der Männer und Kinder im allgemeinen.

*Ursula Frohn*

### „Wege zur Emanzipation“

Der in dem obengenannten Artikel (GM 11/1972, S. 732 ff.) aufgezeigte Zusammenhang zwischen der Feststellung des Deutschen Industrie-Instituts, daß die Frauen „zur Zeit die alleinige Arbeitsmarktreserve“ darstellen, und der Suche nach einem neuen Leitbild für die Frauen — auch in konservativen Kreisen — sollte m. E. in Zukunft viel nachhaltiger herausgestellt werden.

Die Frauen sollen also im Interesse der Unternehmer dem Arbeitsmarkt stärker zugeführt werden. Auf kurze Sicht, „zur Zeit“ stimmen somit die Interessen der Frauen und der Unternehmer in unserer Gesellschaft überein. Das gilt es so zu nutzen, daß die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, wenn es einmal wieder genügend männliche Arbeitskräfte gibt. Im Bewußtsein der Bevölkerung muß das Recht auf Arbeit für Männer und Frauen gleichermaßen gelten. Wie läßt sich das erreichen? Ich stimme der Autorin zu, wenn sie die Teilnahme der Frauen am Produktionsprozeß als erste Voraussetzung zur Lösung der Frauen aus ihrer gesellschaftlichen Isolierung ansieht und damit als Voraussetzung

für die Emanzipation aller Lohnabhängigen. Allerdings erfolgt die Emanzipation nicht automatisch und spontan, sondern nur dann, wenn die Unterdrückung — sei es durch den Unternehmer oder durch den Ehemann — nicht mehr als individuelles Problem angesehen wird, sondern wenn sich bei *Männern und Frauen* die Erkenntnis durchsetzt, daß unsere Gesellschaft dem Mann, der in der Regel im Betrieb oder im Büro nur ein fremdbestimmtes Rädchen im Getriebe ist, zum Ausgleich zwei Ventile bietet, nämlich einmal die Familie in ihrer heutigen patriarchalischen Struktur, wo er sein im Arbeitsleben gestörtes Selbstbewußtsein wieder aufrichten kann, und zum anderen die in der betrieblichen Hierarchie üblicherweise unter ihm stehenden Frauen und ausländischen Arbeiter, welche die Gruppe darstellen, wo er „noch etwas zu sagen“ hat. So lange diese beiden Ventile funktionsfähig sind, wird eine Explosion am Ort der täglichen Unterdrückung, nämlich im Betrieb, vermieden.

Es ist meiner Meinung nach unmöglich, in Familie und Betrieb solidarisches Handeln von Männern und Frauen zu erreichen, so lange die gesellschaftlichen Ursachen für die bestehende Situation nicht erkannt werden. Sehr aufschlußreich ist es in diesem Zusammenhang, aus dem Artikel zu erfahren, welche Klimmzüge die Bundesanstalt für Arbeit macht, um die neue Komponente der Berufstätigkeit im Leitbild der Frau möglichst zu keiner Gefahr für das System werden zu lassen. Wenn sie von der Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf spricht, dann möchte ich fragen: Wer fordert eigentlich die Doppelrolle des Mannes in diesen beiden Bereichen?

Welche Bewußtseinsveränderung sowohl in bezug auf die Verlagerung von Aufgaben aus der Familie in die Gesellschaft als auch hinsichtlich der Erkenntnisse über die gesellschaftlichen Ursachen für das bestehende Rollenbild der Frau noch eintreten müssen, wird aus einer Befragung deutlich, die vor einigen Wochen von der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* im Kreis Moers durchgeführt wurde. Hier wurde zwar nicht der sogenannte repräsentative Quer-

schnitt der Bevölkerung erfaßt, aber die Ergebnisse verdienen m. E. in ihrer Tendenz doch Beachtung. So wurde z. B. die Frage, ob Eltern, um ihrem Beruf nachzugehen, ihre Kinder für viele Stunden des Tages anderen überlassen dürften, von zwei Drittel der Befragten grundsätzlich verneint, weil die Kinder auf jeden Fall seelischen Schaden nehmen würden. Nur ein Drittel war der Meinung, die Eltern hätten ein Recht auf die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen, welche die Kinder im Sinne der Eltern erziehen. Auf die Frage, wer wohl daran interessiert sein könnte, die bisherige Rolle der Frau ohne grundsätzliche Veränderungen zu erhalten, nannten 48,6 vH der Befragten die Männer, weil sie die weibliche Konkurrenz fürchten und auf ihre häuslichen Annehm-

lichkeiten nicht verzichten wollen. 17,7 vH gaben den Frauen selbst die Schuld, weil sie es zu Hause leichter hätten als im Beruf. Nur 34,2 vH nannten die Unternehmer.

Hoffnungsvoll stimmte mich die Beantwortung der Frage, ob Frauen in der Politik aktiver werden sollten. Hier waren nur noch 3,5 vH der Meinung, Politik sei Männersache, 13 vH billigten den Frauen eine beschränkte Aktivität im Rahmen ihrer Aufgaben wie Kindergarten und Schule zu. Eine überwältigende Mehrheit von 82,6 vH sprach sich dagegen dafür aus, daß die Frauen alle politischen Entscheidungen mitgestalten sollten, da sie auch von allen betroffen würden. Der Wille zur Aktivität scheint also zu wachsen. Jetzt gilt es, ihn in die Tat umzusetzen! *Jutta Henke, Moers*